

Von rechten Rändern, Mythen und Vernunft

Über Wochen und Monate wurde Frankreich in Atem gehalten von immensen Protesten gegen eine Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron. »So große Menschenmassen wie von Anfang des Jahres bis in den April hinein waren in Frankreich seit sehr vielen Jahren nicht mehr auf Demonstrationen unterwegs.«¹ Mittlerweile hat Macron die Reform zwar durchgesetzt, und auch das Verfassungsgericht hat ihr keinen Riegel vorgeschoben. Dennoch wird die Frage immer lauter, ob der amtierende Präsident nicht am Ende verlieren und Marine Le Pen als eigentliche Gewinnerin aus den Auseinandersetzungen hervorgehen könnte. »Für 35 Prozent der Französinen und Franzosen schlägt sie sich in dem knallharten Konflikt laut einer Umfrage am besten. Die Linksfront kommt nur auf 27 Prozent, das Macron-Lager auf 26.«² Die Möglichkeit, dass sie 2027 in den Élysée-Palast einziehen könnte, treibt vielen Sorgenfalten auf die Stirn.

In Italien wurde im September 2022 mit Giorgia Meloni bereits eine Politikerin zur neuen Ministerpräsidentin gewählt, die wie Le Pen zum extremen rechten Flügel gehört. Ihre politische Karriere begann Meloni in der Jugendbewegung der postfaschistischen Movimento Sociale Italiano, an deren Erbe die von ihr gegründete Partei Fratelli d'Italia anschließt. Unsere Autoren *Massimiliano Livi* und *Christian Jansen* nehmen die ersten fünf Monate der Regierung Meloni in den Blick und kommen zu einem ambivalenten Urteil. Melonis Regierung zeigt in den ersten Monaten ein moderates Gesicht. Sie führt den wirtschaftspolitischen Kurs Mario Draghis fort, hat weniger Gesetzesvorhaben als andere Regierungen in dieser Zeit durchgesetzt, und innerhalb der EU verhält sie sich konstruktiver als erwartet. Doch eine klare Abgrenzung vom Faschismus kommt Meloni nicht über die Lippen. Europa ist mit ihrer Wahl ein ganzes Stück weiter nach rechts gerückt. Überrascht sind Livi und Jansen von Melonis Wahl nicht. Diese stehe in Kontinuität zu den politischen Entwicklungen in Italien, die schon seit Jahren von Mitte-Rechts-Regierungen dominiert werden. Die extreme

1 Tim Wihl 2023. »Die Renten- als Demokratiedebatte. Zu den Entscheidungen des französischen Conseil Constitutionnel vom 14. April 2023«, in *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/die-renten-als-demokratiedebatte/> (Zugriff vom 27.04.2023).

2 Stefan Brändle 2023. »Marine Len Pen ist die heimliche Gewinnerin der Rentenproteste«, in *Frankfurter Rundschau* vom 1. April 2023. www.fr.de/politik/marine-len-pen-ist-die-heimliche-gewinnerin-der-rentenproteste-frankreich-rente-news-92185330.html (Zugriff vom 27.04.2023).

Rechte wandelte sich in diesem Kontext seit Anfang der 1990er Jahre vom neofaschistischen »Schmuddelkind« zum salonfähigen Koalitionspartner.

Nicht nur in Europa ist die Sorge vor einem Aufstieg oder einer Wiederkehr rechtspopulistischer Parteien und Personen groß. In den USA gab Donald Trump bekannt, dass er auch 2024 wieder bei den Wahlen antreten möchte, und weckt damit böse Erinnerungen und Befürchtungen, insbesondere angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine. Besonders zählen kann Trump nach wie vor auf eine Gruppe: die Gruppe der weißen Evangelikalen, die »das Rückgrat von Trumps Unterstützung während seiner Präsidentschaft, seines Wahlkampfs 2020 und nach dem Aufstandsversuch vom 6. Januar« bilden³. Zwar geht die Unterstützung leicht zurück, doch noch immer ist Trump für 63 Prozent der weißen Evangelikalen der Favorit unter den möglichen republikanischen Kandidaten für die Wahl 2024.

Woher kommt es, dass die populistische Rechte der USA sich derart auf weiße Evangelikale verlassen kann, »obwohl doch die Politik von Trump und den Republikanern gegen die christliche Ethik zu verstoßen scheint?« Dieser Frage geht *Marcia Pally* in ihrem Beitrag nach. Religiöse Gründe spielen eine weniger bedeutende Rolle, als vielleicht angenommen werden könnte, so ihr Argument. Wichtig sind vor allem wirtschaftliche und historisch-kulturelle Faktoren. Populismus, so Pally, kann als Bewältigungsstrategie für Bedrängnisse wie zum Beispiel realen oder befürchteten Statusverlust verstanden werden. Die verbreiteten rechtspopulistische Neigungen unter weißen Evangelikalen erläutert Pally insbesondere anhand von zwei Aspekten. Der wahrgenommenen Bedrohung der eigenen Gruppe wird mit einer »Wir-Sie«-Unterscheidung begegnet, die auf historisch-kulturelle Vorstellungen von Staat und Gesellschaft rekurriert. Weiße Evangelikale müssen wie alle Amerikaner*innen mit wirtschaftlichen Notlagen wie zunehmender Arbeitslosigkeit umgehen, hinzu kommen spezifische Bedrängnisse wie der Rückgang kultureller Dominanz in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft. Ressourcen für die Konstruktion einer »Wir-Sie«-Unterscheidung macht Pally in einem »in der amerikanischen und evangelikalen Geschichte und Kultur verankerten Engagement für die Gemeinde« aus, das zu der Überzeugung werden kann, die Gemeinschaft müsse sich gegen Bedrohungen von außen schützen. Hinzu kommt eine verbreitete »Skepsis gegenüber *unterdrückerischen* Regierungen/Eliten, die für die amerikanische und evangelikale Identität grundlegend ist«, die sich zu der Haltung verhärten kann, sich gegen alle Regierungen verteidigen zu müssen.

3 Vgl. Ian Huff 2023. »Prior to Trump's Indictment, Key Republican Constituencies Gave Him Favorable Ratings«, in *Public Religion Research Institute*. www.ppri.org/spotlight/prior-to-trumps-indictment-key-republican-constituencies-gave-him-favorable-ratings/ (Zugriff vom 27.04.2023).

Paul Windolf geht in seinem Beitrag zurück in die Zeit des deutschen Faschismus und nimmt ebenfalls eine bestimmte Gruppe in den Blick, nämlich die der Unternehmer*innen. Einige liberale Ökonom*innen gehen von einer inhärenten Beziehung zwischen Kapitalismus und Demokratie aus und argumentieren, dass totalitäre Regime um ihre politischen Freiheiten besorgte Unternehmer*innen eher abschreckten. Windolf hingegen schließt an Marx Bonarpartismusthese an und zeigt, dass die ökonomische Elite Deutschlands durchaus bereit war, ihre politischen Freiheiten aufzugeben, um so ihre Macht und ihre privilegierte Stellung in der Gesellschaft zu erhalten. Gegen Ende der Weimarer Republik befürchteten Unternehmer*innen, das Land könne »im Bolschewismus versack[en]«, und vertraten die Meinung, der Nationalsozialismus könne dies verhindern. So jedenfalls rechtfertigt sich der Bankier Freiherr von Schröder in einem Verhör durch einen US-Offizier. Aus der ökonomischen Elite traten mehr Personen als aus fast jeder anderen gesellschaftlichen Gruppe der NSDAP bei. Sie gingen damit, so Windolf, eine wechselseitige Tauschbeziehung mit dem Regime ein. Einerseits konnten sie mit dem Beitritt ihre soziale und politische Machtposition sichern, andererseits stabilisierten sie die NS-Herrschaft. Unter Rückgriff auf Ernst Fraenkels Doppelstaatsthese erläutert Windolf, wie das Regime es den Unternehmer*innen ermöglichte, mit dem oben angerissenen Paradox umzugehen, nach dem der Machterhalt durch Unterstützung des Faschismus den Verlust politischer Freiheiten bedeutet. Während das NS-Regime im Gewaltstaat mit willkürlicher, brutaler Gewalt herrschte, hielt es im sogenannten Normenstaat ein Minimum an Berechenbarkeit aufrecht. Unternehmer*innen bewegten sich primär im Normenstaat und konnten so relativ unberührt von der Gewaltherrschaft ihren Geschäften nachgehen, auch wenn sie als Privatpersonen mitunter durchaus die willkürliche Gewalt des NS-Staats zu spüren bekamen.

Wie können Demokratien mit den in den letzten Jahren immer weiter voranschreitenden Verschiebungen nach rechts umgehen, wie können sie ihr begegnen? Sind nüchterne und vernünftige Argumente ausreichend, um Menschen von der Überlegenheit demokratischer politischer Ordnungen und pluralistischer Gesellschaften zu überzeugen? Oder ist der Glaube an die Kraft der Vernunft und den zwanglosen Zwang des besseren Arguments eine »Fehleinschätzung« der deliberativen Demokratie?⁴ In der politischen Kommunikation autoritärer Regime wird oft auf Mythen zurückgegriffen. Putin etwa vergleicht sich mit dem Heiligen Georg, und Erdoğan widmet die Hagia Sophia auf den Tag genau 97 Jahre nach Ende des Osmani-

4 Eva Illouz 2023. »Wer glaubt, Hass gebe Populisten Auftrieb, schaut nicht genau hin«, in *Die Zeit* vom 22. April 2023. www.zeit.de/kultur/2023-04/israel-rechtspopulisten-benjamin-netanjah-u-eva-illouz-interview (Zugriff vom 27.04.2023).

schen Reiches wieder in eine Moschee um, »eine Art symbolische Korrektur der Geschichte und Wiederbelebung alter Größe«, wie unser Autor *Felix Heidenreich* in seinem Beitrag schreibt. Er argumentiert, dass der Mythos auch in Demokratien nicht vollständig durch den Logos abgelöst wurde und vielleicht auch nicht abgelöst werden sollte. »Denn [...] im innenpolitischen Kampf gegen die neuen Autoritären im Inneren muss eine Strategie gefunden werden, um den motivierenden und berausenden Mythen der autoritären Bewegungen irgendwie begegnen zu können.« Unterschiede bei der Verwendung von Mythen in demokratischen und autoritären Regimen bestehen für Heidenreich vor allem in der Form. Während autoritäre Regime die Spuren der Gemachtheit ihrer Mythen verwischen und sie so gegen Kritik immunisieren, können demokratische Mythen die eigenen Entstehungsbedingungen offenlegen und sich selbstironisch zeigen. »Demokratische politische Mythen mögen verführen, aber sie versuchen in der Regel nicht, zu überwältigen.« Mythen, so Heidenreichs Resümee, sind dann kompatibel mit Demokratie, wenn sie sie offen für Kritik bleiben.

Doch wie gelingt uns der kritische Blick auf unsere eigene Gesellschaft, auf ihre Institutionen und Normen? Benötigen wir externe normative Maßstäbe, die es uns erlauben, von außen auf sie zu blicken? Oder können wir soziale Praktiken nur als Teilnehmer*innen tatsächlich verstehen und auf dieser Basis dann auch hinterfragen? Dieser Frage nähert sich *Tobias Albrecht* mit seinem Beitrag zu Hannah Arendts Denken. Arendt, so seine These, nimmt sowohl als Theoretikerin als auch als kritische Bürgerin eine Mittelposition ein, »eine Position [...], die zwischen Teilnahme und Beobachtung changiert«. Weder blickt sie, wie ihr zu Lebzeiten vorgeworfen wurde, als unbeteiligte Kritikerin auf Gesellschaften, noch, wie die neuere Arendt-Forschung häufig argumentiert, als ganz und gar in soziale Verhältnisse eingelassene Teilnehmerin. Als Paradigma für diese changierende Perspektive gilt die Figur der bewussten Paria, die Arendt nicht nur in ihren Schriften als eine Figur beschreibt, die in besonderer Weise zur Kritik befähigt ist, sondern die sie auch selbst verkörpert. So wird ihr als Jüdin in westlichen Gesellschaften eine Außenseiterrolle zuteil, zugleich steht ihr Denken in der Tradition deutscher Philosophien. Beide Perspektiven nutzt sie als Plattform, von der aus sie kritische Einsichten in die jeweils andere gewinnen könne, so Albrechts These. Dieses Changieren findet sich auch in Arendts Auffassung vom Denken wieder. Denken ist für Arendt nur durch den Abstand zum Handeln möglich; erst die Unterbrechung handelnder Teilnahme an sozialen Praktiken schafft die nötige Ruhe, um tatsächlich denken zu können. Dabei ist Arendts Denken allerdings nicht so »geländert« wie häufig suggeriert wird. Vielmehr bleibt es immer bezogen auf die Praxis und bedient sich eines vielfältigen Kanons von Referenzautor*innen.

Die Frage, wie Kritik gesellschaftlicher Normen und Praktiken verfahren sollte und wie aus dieser Kritik sozialer Wandel hervorgehen kann, steht auch im Hintergrund des Beitrags von *Nadine Maser* und *Sighard Neckel*. Sie nehmen eine Praxis der Kritik in den Blick, die sich seit einigen Jahren mehr und mehr ihren Weg aus aktivistischen Kreisen in den Mainstream bahnt: die Praxis der *Awareness*. Awareness will die Aufmerksamkeit auf die Belange von Gruppen und Menschen lenken, die sich in Gesellschaften strukturell benachteiligt sehen. Ziel ist es zum einen, Menschen, die sexualisierte Gewalt oder diskriminierende Übergriffe erfahren haben, eine Anlaufstelle zu bieten, und zum anderen präventiv derartige Übergriffe zu verhindern. Dazu wird vor allem an diejenigen appelliert, die als gesellschaftlich privilegiert gelten, ihre soziale Position und die damit einhergehende Macht zu reflektieren und in ihrem Handeln Rücksicht auf benachteiligte Gruppen zu nehmen. Unsere Autor*innen analysieren Awareness als ein Emotionsprogramm, ein Programm also, das Emotionen zum Bezugspunkt hat und gefühlbildend in diese eingreifen will. »Was als Übergriff oder Diskriminierung gilt, ist nicht, was so gemeint war, sondern, was von Betroffenen als solches empfunden wird. Awareness lässt sich somit als eine politisch motivierte Form der Gefühlsbildung begreifen, die zur Vermeidung gefühlter Diskriminierung beitragen will.« Problematisch an der Praxis der Awareness ist Maser und Neckel zufolge jedoch, dass sie auf die gleichen sozialen Klassifikationen zurückgreifen muss, die auch den eigentlich kritisierten sozialen Verhältnissen zugrunde liegen. Dies führt, so die Schlussfolgerung, zu einem paradoxalen Umschlagen der Absicht, Diskriminierung entgegenzuwirken, in Handlungsweisen, die selbst diskriminierend wirken können.

Diskriminierung ist längst nicht mehr nur ein Problem der analogen Welt. Sie hat in vielfacher Weise ihren Weg in die digitale Welt gefunden. So sind beispielsweise transgender Personen auf sozialen Medien in besonderer Weise *Hate Speech* ausgesetzt.⁵ Der digitale Raum bietet aber nicht nur eine Plattform für Menschen, die ungehemmt ihrem Hass gegenüber Anderen freien Lauf lassen wollen. In ihm werden auch materielle Ungleichheiten verstärkt oder neu geschaffen. Im Beitrag von *Steffen Hagemann* und *Roland Verwiebe* geht es um die Entwicklung von Begriffen, die diese strukturellen Ungleichheiten im Digitalen analysieren können. Sie schlagen vor, an Bourdieus Kapitaltheorie anzuschließen und diese durch einen vierten Kapitalbegriff, den des digitalen Kapitals, zu ergänzen. In ihrem Beitrag diskutieren sie, »wie *personenbezogene Daten* als ein wertvolles und umkämpftes Gut eine soziale Konstruktionskraft und Wirkmäch-

5 Vgl. Brandwatch; Ditch the Label 2019. *Exposed: The Scale of Transphobia. Online Exploring Transphobia and Pro-Trans Conversation on Social Media*. www.brandwatch.com/reports/transphobia/ (Zugriff vom 27.04.2023).

tigkeit in spezifischen *Feldern* entfalten und wie dies im Zusammenhang mit der Reproduktion von *sozialen Ungleichheiten* steht.« Es wird ein eigenes digitales Feld identifiziert, das durch die Kräfteverhältnisse verschiedener Akteur*innen strukturiert wird, die die Verteilung digitalen Kapitals aushandeln. Die ungleiche Verteilung von Besitz und »Verfügbungsmacht über personenbezogene Daten« in Kombination mit »ungleichheitsrelevanten Reproduktionsstrategien« bringen strukturelle Machtbeziehungen hervor. Dominiert wird das Feld von großen Tech-Unternehmen, einer neuen digitalen Elite, die Allianzen mit »der ›alten‹ herrschenden Klasse« eingeht. Ihr gegenüber steht eine Mittelklasse, deren Mitglieder beispielsweise als mehr oder weniger gut bezahlte *Tech-Worker* in das digitale Feld eingebunden sind, und untere Klassen, die durch den Austausch auf sozialen Medien versuchen, soziales Kapital zu akkumulieren, um so die geringe Verfügungsmacht über personenbezogene Daten auszugleichen. Diese Ungleichheitsstrukturen werden durch die Analyse von digitalen Teilfeldern konkretisiert.

Eva Deitert